

GERARD ANTHONY COFFEY

## WENDEPUNKT ODER WEITER SO?

ECUADOR NACH DEM REFERENDUM

Anfang Februar waren rund 13 Millionen wahlberechtigte EcuadorianerInnen aufgerufen, in einem Referendum über insgesamt sieben Fragen abzustimmen. Wie erwartet, und wie auch von den Umfragen ausnahmsweise einmal richtig prognostiziert, waren die Ja-Stimmen bei allen Fragen deutlich in der Mehrheit, was als klarer Erfolg des amtierenden Präsidenten Lenín Moreno angesehen werden kann. Die unausgesprochene Frage aber ist noch offen: Stellt die neueste Volksabstimmung, die elfte seit der Wiedereinführung der Wahldemokratie vor vierzig Jahren, einen Wendepunkt dar – sodass sie einem zukünftigen Linksschwenk seitens Lenín Moreno den Weg ebnet wird –, oder geht es einfach um die Festigung von dessen Macht innerhalb einer längst vertrauten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur?

Das zentrale Motiv für die Abstimmung war zweifellos das Bedürfnis, die zu Beginn von Präsident Morenos Amtszeit scheinbar schwache Machtposition zu festigen. Seit er in den Präsidentschaftswahlen vom März 2017 gerade noch die erforderliche Stimmenzahl erhielt, hat das Ziel stets in der Festigung seiner Macht bestanden. Mit Erfolg, denn Morenos Zustimmungswerte bewegen sich zurzeit im Bereich zwischen 60 und 70 Prozent, je nachdem, wem man Glauben schenkt. Die neue Beliebtheit des Präsidenten geht dabei auf zwei Faktoren zurück. Zum einen Morenos Charme-Offensive, die von einem umfassenden Beratungsprozess zu Fragen der politischen Entscheidungsfindung und der zukünftigen Ausrichtung geleitet ist, und bei der er sich sehr darum bemüht, niemandem auf die Füße zu treten. Zum anderen ist da die unbeschreibliche Feindseligkeit, die Moreno seitens des ehemaligen Präsidenten Rafael Correa und seiner treuen AnhängerInnen entgegenschlägt.

Correa selbst hat sich natürlich nicht auf Zurufe vom Spielfeldrand beschränkt. Seine Kampagne zielte auf die völlige Ablehnung der Volksabstimmung ab. An die Adresse seines ehemaligen Vizepräsidenten Moreno, dem er Prinzipienlosigkeit vorwirft, richtete er äußerst feindselige Kritiken. Die Taktik hat bei der Mehrheit offenbar nicht verfangen. Ob das aber etwas an der noch immer beachtlichen Unterstützung für Correa ändert, ist eine andere Frage.

Tatsächlich ist es unter den gegebenen Umständen unwahrscheinlich, dass Correa jemals mit einem Sieg gerechnet hat. Wahrscheinlicher ist, dass seine Kampagne auf seiner persönlichen Überzeugung bezüglich seiner historischen Bestimmung beruht hat, oder auch, pragmatischer gesehen, auf der Notwendigkeit, den Blick der Öffentlichkeit auf die eigene Person und seine AnhängerInnen zu richten. Zwar wag-

te er sogar den Versuch, eine Intervention der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)<sup>1</sup> zu bewirken, indem er die Gefahr einer «Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung» durch Morenos Referendum heraufbeschwor. Doch die diesbezüglich vorgebrachten Argumente waren bestenfalls schwach, das Unterfangen riskant und von vielen negativen, oft auch humoresken Bemerkungen begleitet. Schließlich war Correa in seinen vorigen Amtsjahren nicht ohne Grund ein heftiger Kritiker der OAS gewesen. Seine unerwartete Kehrtwende sicherte ihm keine zusätzliche Sympathie.

Correas nächster Schachzug bestand darin zu argumentieren, das Referendum sei illegitim, hatte doch das Verfassungsgericht, entgegen der Gesetzeslage, keine Entscheidung zu dessen Legitimität gefällt.<sup>2</sup> Seine UnterstützerInnen bekräftigten, wenig überraschend, diese Einschätzung, wobei sie nicht erwähnten, dass Correa die Verfassung selbst oft ignoriert hatte. Der Einwand selbst hatte einen Anschein von Stichhaltigkeit, denn das Gericht hatte zu dem Zeitpunkt, da zu dem Referendum aufgerufen wurde, tatsächlich noch kein Urteil gefällt. Da das Gesetz jedoch festlegt, dass das Gericht nur zwanzig Tage Zeit hat, um sein Urteil zu fällen, und das Ausbleiben eines Urteils als Zustimmung zur Petition zu werten ist,<sup>3</sup> war Morenos Position streng genommen die legitimere. Tatsächlich jedoch handelte es sich stets eher um eine politische als eine rechtliche Auseinandersetzung, und die lange Verzögerung bei der Rechtsprechung ging auf die Zusammensetzung des Gerichts zurück: Die Richter waren während Correas Amtszeit, als seine Regierung die Judikative kontrollierte, ernannt worden.

### ZENTRALE FRAGEN

Sobald Correa der Weg über die OAS, die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und das Verfassungs-

gericht versperrt war, spielten seine Überlegungen zu den einzelnen im Referendum gestellten Fragen, abgesehen von der Möglichkeit der Wiederwahl,<sup>4</sup> vermutlich keine Rolle mehr. Auf beiden Seiten ging es stattdessen um alles oder nichts. Die Fragen gaben zwar Anlass zu Diskussionen, für die meisten Menschen ging es aber eindeutig nicht darum, eine wohl überlegte Entscheidung über Optionen zu treffen, die für die Zukunft des Landes von ausschlaggebender Bedeutung sein konnten. Vielmehr ging es darum, ein Treuebekenntnis zu Lenín Moreno abzulegen und Rafael Correa abzulehnen oder umgekehrt.

Das bedeutet aber nicht, dass die Fragen bedeutungslos waren. Mit der Beschränkung der Regierungszeit des Präsidenten auf maximal zwei Amtszeiten, wie die zweite Frage es vorsieht, dürfte Ecuador einen sicheren Weg zu politischen Verbesserungen beschreiten. Hier gäbe es noch einiges zu diskutieren, wenngleich die Beschränkung auf zwei Amtszeiten tatsächlich nur bedeutet, dass das Land zu den Vorgaben der Montecristi-Verfassung von 2008 zurückkehrt. Die Beschränkung auf zwei Amtszeiten war 2015, unter Präsident Correa, von einer parlamentarischen Mehrheit aufgehoben worden – ohne jegliche Einbeziehung der Öffentlichkeit, wie hinzugefügt werden sollte.

Der Beschluss war seinerzeit heftig kritisiert worden, und dass er nun kassiert wird dürfte nicht zuletzt einige Rachegefühle befriedigen. Natürlich wird dadurch auch verhindert, dass Rafael Correa noch einmal für das Präsidentenamt kandidiert (obgleich er weiterhin für jeden anderen politischen Posten antreten kann). Dass Correa fortan vom Präsidentenamt ausgeschlossen sein wird, ist Musik in den Ohren vieler, nicht nur der AnhängerInnen Morenos. Ob Rafael Correa tatsächlich Chancen auf einen Sieg hätte, wenn er noch einmal kandidieren dürfte, ist eine interessante Frage. Es ist absolut nicht ausgeschlossen, dass er verloren hätte, wenn er im März vergangenen Jahres ein drittes Mal kandidiert hätte. Es bestehen auch kaum Zweifel daran, dass Morenos Wahlsieg zumindest teilweise darauf zurückgeht, dass er nicht Rafael Correa ist.

Heute, fast ein Jahr später, hat Correas Position sich nicht eben gestärkt. Es hat in Zusammenhang mit Odebrecht und dem Bau einer Ö raffinerie eine Vielzahl an Korruptionsskandalen gegeben. Correas ehemaliger Vizepräsident Jorge Glas ist gemeinsam mit seinem Onkel Ricardo Rivera wegen «unrechtmäßiger Vereinigung zu kriminellen Zwecken» zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.<sup>5</sup> In Verbindung mit Versuchen, das Justizsystem zu manipulieren, hat dies entscheidend dazu beigetragen, die Legitimität des ehemaligen Präsidenten in den Augen vieler seiner früheren UnterstützerInnen zu untergraben.

Correas Zustimmungswerte sind in den 30-Prozent-Bereich abgesunken. Damit er sich Chancen auf einen Wahlsieg 2021 ausrechnen könnte, wäre eine bedeutende Kehrtwende vonnöten, sowohl in Hinblick auf seine Persönlichkeit als auch auf die Zusammensetzung seines inneren Kreises, dessen Mitglieder keine Vorstellung davon zu haben scheinen, wie anrühlich sie geworden sind. Davon kann, zumindest zu diesem Zeitpunkt, keine Rede sein.

## **KORRUMPIERTE JUSTIZ, REFORMIERTE BÜRGERBETEILIGUNG**

Die andere wichtige Angelegenheit, die nun in der dritten Frage geklärt worden ist, ist die nach dem Schicksal des Rats für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle (der Regierung)

(CCPS, Consejo de Participación Ciudadana y Control Social), der 2008 im Rahmen der Montecristi-Verfassung als eine Art fünfte Säule der demokratischen Struktur des Landes eingerichtet wurde.<sup>6</sup> Der CPCCS sieht vor, dass unabhängige, nach ihrer Eignung ausgewählte «BürgerInnen» eine gewisse Kontrolle über bestimmte Staatsfunktionen ausüben; in der Praxis hat der CPCCS aber eher wie eine Art fünfte Kolonne agiert.<sup>7</sup>

Das zentrale Problem ist, dass es eine der wichtigsten Funktionen des CPCSS war (und ist), die – erneut am Kriterium der Eignung orientierte – Wahl bedeutender StaatsfunktionärInnen zu organisieren: etwa des/der Generalbundesanwalts/in, des/der Generalstaatsanwalts/in und des/der Vorsitzenden des Richterrats. Diese sollen wiederum, in einer Art Pyramidensystem, die FunktionärInnen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche kontrollieren. Indem also die Correa-Regierung, durch rechtmäßige wie durch unrechtmäßige Mittel,<sup>8</sup> die Kontrolle über den Rat erlangte, war sie zur nahezu vollständigen Kontrolle des Staates befähigt.

Besonders problematisch war die Kontrolle des Justizsystems, wo man mit etwaigen Einwänden, Klagen oder Anschuldigungen, ganz gleich, wie gut begründet sie waren, leichtes Spiel hatte. Die Beispiele sind zahlreich. Besonders schwerwiegend sind jedoch die Drohungen, denen sich die Anti-Korruptions-Kommission ausgesetzt sah. Diese zivilgesellschaftliche Gruppe war gegründet worden, um gegen die nahezu vollständige Intransparenz vorzugehen und der Situation Abhilfe zu verschaffen, dass es beinahe unmöglich war, Anschuldigungen bezüglich Korruption, übermäßiger Geldausgaben und dergleichen vorzubringen und dagegen vorzugehen. Den Mitgliedern der Kommission, darunter viele angesehene Persönlichkeiten, wurde mit Gerichtsverfahren wegen «Verleumdung» gedroht, bei denen es um Millionen von Dollar ging. Konkret ging es etwa um die Vorlage von Belegen für überhöhte Preise in Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer Ö raffinerie im Pazifik. Auf einer im August 2017 veröffentlichten Tonbandaufnahme ist zu hören, wie der ehemalige Generalinspektor Carlos Polit, der sich mittlerweile in den USA aufhält und beschuldigt wird, vom brasilianischen Odebrecht-Konzern Millionen an Bestechungsgeldern angenommen zu haben, einen Richter des nationalen Gerichtshofs unter Druck setzt, eine Klage der Kommission als «unverantwortlich und böswillig» zurückzuweisen.<sup>9</sup> Der Richter kam der Aufforderung nach.

So hatte man sich das natürlich nicht vorgestellt. Sei es aus Naivität, sei es aus Unterschätzung des Phänomens Correa: Die Verfassung von 2008 war der Türöffner für das, was in den letzten Jahren geschehen ist, insbesondere seit 2013, als sich Correa eine überwältigende Parlamentsmehrheit sichern konnte. Der CPCCS war dabei zu einem Pyramidensystem geworden und wurde weithin als eine Einrichtung wahrgenommen, die Korruption, Straflosigkeit und Verfolgung freien Lauf gewährt. Die Möglichkeit, die Struktur und die Verfahrensweisen des Rats mittels des Referendums zu reformieren, wurde somit weitgehend begrüßt. Das Referendum stellte die Option in den Raum, die gegenwärtigen Mitglieder des Rats zu entlassen, um den Rat dann durch ein Interimskomitee zu ersetzen. Ziel war es dabei, die vom ursprünglichen Rat ausgesprochenen Ernennungen zu prüfen und die Formulierung von Kriterien für die demokratische Wahl neuer ständiger Mitglieder zu beaufsichtigen.

Die Mitglieder des Interimskomitees sind am 28. Februar von der Nationalversammlung gewählt worden und haben

sich überraschend hoher Zustimmung erfreut. Die Entwicklung steckt jedoch noch in den Anfängen. Noch hat das Komitee nichts unternommen, und sobald die schwierigen und besonders kontroversen Aufgaben angegangen werden, etwa die Prüfung der jetzigen hochrangigen FunktionärInnen, wird es wohl zu scharfen Auseinandersetzungen kommen.

Änderungen an der Struktur des Rats vorzunehmen wird also weitgehend als gute Idee angesehen. Für Moreno besteht das Problem nun aber darin, diese Änderungen vorzunehmen, ohne eine kostbare Gelegenheit zu verspielen, seine eigene Machtposition – für die Öffentlichkeit möglichst unbemerkt – zu festigen. Für den anderen Teil der Bevölkerung und insbesondere für die linke Opposition lautet die Frage jetzt, ob die neue Struktur tatsächlich das Versprechen des Präsidenten erfüllen wird, offener und demokratischer zu sein, dabei aber zugleich die Rechte in Zaum zu halten.

In den beiden wichtigen Fragen, die ich hier analysiert habe, hat sich die Bevölkerung mit 63 bzw. 64 Prozent für ein «Ja» ausgesprochen. Ähnlich hoch (63 Prozent) war die Zustimmung zum Vorschlag, die Steuer auf eigentumsbedingte Kapitalgewinne abzuschaffen, ein Vorschlag, der auf die Vermeidung von Spekulation abzielt. In anderen Fragen, über die am 4. Februar abgestimmt wurde, sind die Ja-Stimmen noch deutlicher in der Mehrheit: Verlust aller politischen Rechte von Personen, die wegen Korruptionsdelikten verurteilt wurden (73,3 Prozent); Unverjährbarkeit von Sexualstraftaten gegen Minderjährige (73,5 Prozent); Verbot des Metallabbaus in geschützten Gebieten und Stadtzentren sowie in der «unberührbaren Zone» (68,6 Prozent), sowie Ausweitung dieser «unberührbaren», für Bergbau oder bauliche Vorhaben aller Art gesperrten Zone im ecuadorianischen Amazonas, bei gleichzeitiger Verkleinerung der Gebiete im Yasuní-Nationalpark, in denen die Erdölförderung gestattet ist (67,3 Prozent).

Es sollte erwähnt werden, dass die Fragen des Yasuní-Nationalparks und des Bergbaus nicht unproblematisch sind: Es bleibt unklar, in welche Richtung die unberührbare Zone ausgeweitet werden soll, und das Gebiet, das benötigt wird, um den «Block 43», also die Ölvorkommen im Yasuní-Nationalpark, zu erschließen, beträgt wahrscheinlich nicht mehr als die jetzt vom Referendum vorgesehenen 300 Hektar.<sup>10</sup> Das Verbot des Bergbaus in geschützten Gebieten, zu denen die unberührbare Zone zählt, ist bereits in der Verfassung festgeschrieben.

### WOHIN NUN – UND MIT WEM?

Die Frage nach Morenos Zukunftsplänen hängt allerdings noch in der dünnen, aber heftig verschmutzten Luft über der Hauptstadt. Es bleibt unklar, ob der Sieg im Referendum eine Abkehr von dem geradezu unterwürfigen politischen Stil bedeuten wird, den er bisher an den Tag gelegt hat: Moreno hat sich bemüht, es allen recht zu machen, zumindest bis zum Ende der Abstimmung. Es muss allerdings auch gesagt werden, dass er mit dieser Strategie gut gefahren ist, wie seine Umfragewerte und die hohe Zustimmung im Referendum belegen.

Das Ausmaß seines Triumphes könnte es ihm ermöglichen, mit stärkerer Hand zu regieren. Die Frage ist, ob er sich dazu entscheiden wird, das auch zu tun, würde er damit doch auf Konfrontationskurs zu jenen Teilen der Rechten gehen, die ihn in seiner Anti-Correa-Haltung unterstützt haben, und die er nun gleichsam in der Hand hält.

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass es tatsächlich zu Veränderungen kommen wird. Morenos wichtige BeraterInnen stehen links von der politischen Mitte und er selbst

hat sich als junger Mann an den Rändern einer revolutionären Bewegungen bewegt – obgleich sich das von vielen Leuten sagen lässt, die in den achtziger und neunziger Jahren jung waren und nun um einiges «weniger radikal» sind. Dass Moreno die Gunst der Stunde nutzt und sich auf seine linken Ursprünge und Neigungen besinnt, ist also eine Möglichkeit, zurzeit aber auch nicht mehr als das.

Positiv ist anzumerken, dass sich die Wirtschaftslage Ecuadors verbessert, und Geld ist immer hilfreich, wenn es darum geht, Menschen für die eigene Sichtweise zu gewinnen. Der Ölpreis ist bedeutend gestiegen und die internationale Prognose ist zuversichtlich – freilich nur, wenn man bereit ist, der Erderwärmung keine Beachtung zu schenken. Denn es ist mehr als deutlich, dass Moreno nicht gewillt ist, von den erdöl- und bergbaufreundlichen Positionen seines Vorgängers abzuweichen. Alle, die das von ihm oder einem anderen Kandidaten erwartet hatten, werden sehr enttäuscht sein.

Das Ergebnis des Referendums könnte Moreno auch manche Beschwerlichkeiten ersparen, indem es einige der weniger resoluten UnterstützerInnen Correas überzeugt, sich Moreno für die Dauer seiner Amtszeit anzuschließen. Privilegien aufzugeben fällt schließlich schwer.

### CORREAS AGENDA

Was den ehemaligen Premierminister angeht, der nun sämtliche jüngsten Kämpfe um die eigene Zukunft und die seiner Partei verloren hat, so wird diese letzte Niederlage vermutlich seine Fähigkeit schmälern, die Arbeit der neuen Regierung zu stören – jedenfalls in dem Ausmaß, in dem er das bisher tun konnte.

Ob absichtlich oder aus Unbeholfenheit: Correas Handlungen haben die Moreno-Regierung beinahe in die Arme der Rechten getrieben, wenn auch nur, um das eigene Überleben kurzfristig zu sichern. Correas Kritik daran ist insofern ironisch, als dass er, wäre er selbst Präsident in der gegenwärtigen, durch leere Staatskassen geprägten Situation, zweifellos zu ähnlich engen Beziehungen zu den Banken und zur Geschäftswelt genötigt gewesen wäre. Tatsächlich standen die von ihm nun monierten Vorschläge, Staatseigentum zu verkaufen, Privatisierungen in die Wege zu leiten und Freihandelsabkommen abzuschließen, sämtlich bereits im Raum, bevor Moreno die Macht übernahm.

Es lässt sich nicht sicher sagen, ob Correas Haltung und Handlungen der letzten neun Monate schlichtweg auf seine Sturheit und ein Gefühl persönlicher Kränkung zurückgehen, die fraglos auch im Spiel sind, oder ob er zugleich eine Taktik verfolgt, die darauf abzielt, sich das Terrain links von Moreno zu sichern. Correa behauptet, die etwa 36 Prozent der Stimmberechtigten, die in den Fragen zur unbegrenzten Wiederwahl und zur Umstrukturierung des CPCCS mit «Nein» gestimmt haben, würden auf das wahre Ausmaß seines UnterstützerInnenkreises verweisen. Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings hat ein bekannter Analyst darauf hingewiesen, dass der tatsächliche Wert bei 26 Prozent oder sogar noch niedriger liegen könnte – schließlich hatte Correa zum «Nein» aufgerufen, die Frage 1 erhielt jedoch fast 74 Prozent Zustimmung.<sup>11</sup>

Das Problem ist, dass die Politik im Fluss ist: Der harte Kern der Correa-Unterstützer könnte zwar tatsächlich in etwa so umfangreich sein, doch bieten solche Zahlen nur eine Momentaufnahme.

Wie dem auch sei: Die Unterstützung eines Viertels der Bevölkerung ist keine schlechte Ausgangslage angesichts des

gegenwärtigen Kontexts von Beschuldigungen und internen Zerwürfnissen. Hinzu kommt, dass es Moreno im Laufe der Zeit mit Problemen zu tun bekommen wird, die nichts mit Correa zu tun haben. Die WählerInnen, die recht nachsichtig zu sein pflegen, wenn es um Korruption geht, könnten sich dann die Rückkehr des starken Mannes wünschen. Außerdem ist es nie klug, den Ex-Präsidenten zu unterschätzen; wenn es je einen geborenen politischen Kommunikator gegeben hat, dann ist das Rafael Correa. Er hat mittlerweile eine neue Karriere als Interviewer für den russischen Staatssender RT begonnen (der erste Interviewpartner war Noam Chomsky), und niemand wäre überrascht, wenn es ihm gelingen sollte, sich neu zu erfinden.

Das linke Terrain zu besetzen, ist unbestreitbar Teil von Correas Agenda, und es gibt bereits Pläne zur Gründung einer neuen Partei mit einem progressiven Programm. Angesichts des grundlegenden Mangels an Führung und Zusammenhalt, der die alte Linke auszeichnet, ist die Idee eines mächtigen neuen Blocks keine schlechte. Das Hindernis besteht im Fehlen eines kohärenten Programms sowie im gegenwärtigen Glaubwürdigkeitsdefizit nicht nur von Correa, sondern auch von seinem engeren Kreis. Ändert sich die Führung nicht, dann ist es schwer vorstellbar, dass die neu aufgestellte Gruppierung in absehbarer Zeit zu ihrem früheren Ruhm zurückfindet. Zweifellos wird der Fokus auf den Lokal- und Regionalwahlen 2019 liegen, und dann darauf, die 26 oder mehr Prozent Unterstützung zu nutzen, um 2021 in der Nationalversammlung einen soliden Machtblock zu bilden.

Vielleicht sollten wir dankbar sein. Wenn Moreno nicht für Überraschungen sorgt, indem er sich auf eine linksradikalere Position zubewegt, können wir uns unter den gegenwärtigen Umständen nichts Besseres erhoffen als eine gemäßigte Koalition. Und zu diesem Zeitpunkt ist eine solche gemäßigte Regierung nichts so Schlechtes, versperrt sie doch rechten Positionen à la Macri und Temer die Möglichkeit, in Ecuador Fuß zu fassen. Guillermo Lasso, der in der zweiten Wahlrun-

de ausgeschiedene Kandidat, mag sich im Wahlkampf zwar als Kandidat der Mitte präsentiert haben, doch seine Verbindungen zu Personen wie José María Aznar und anderen sind besorgniserregend. Die Linke muss sehr vorsichtig sein: Die Auseinandersetzung zwischen Moreno und Correa auf unbestimmte Zeit zu verlängern ist genau das, was Lasso und die Rechte brauchen.

Gerard Anthony Coffey wurde in Merseyside (UK) geboren und studierte Illustration und Design am Ontario College of Art in Toronto. Heute ist er Herausgeber von Lineadefuego, einem in Quito ansässigen politisch-kulturellen Onlinemagazin, das seit 2010 erscheint. Seine Artikel werden auf Englisch und Spanisch in Lateinamerika, Nordamerika und Europa veröffentlicht.

**1** Das vierzehnteilige, der OAS vorgelegte Dokument forderte den Generalsekretär Luis Almagro auf, eine Sitzung des ständigen Rats der Organisation einzuberufen und angesichts der durch Morenos Handlungen bewirkten «Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung, die sich ernsthaft auf die demokratische Ordnung auswirkt», die «demokratische Charta» zu aktivieren: <https://www.eluniverso.com/noticias/2017/12/15/nota/6527518/rafael-correa-ricardo-patino-denuncian-oea-alteracion-orden>. **2** Correa hat das ecuadorianische Referendum sogar mit dem 2017 «illegal» in Katalonien abgehaltenen Referendum verglichen: <https://www.metroecuador.com.ec/ec/noticias/2018/01/18/correa-equi-para-ecuador-cataluna-supuesta-inconstitucionalidad-consulta.html>. **3** Moreno stellte den Antrag für die Zustimmung zum Referendum und zu dessen Fragen am 2. Oktober 2017. Nachdem das Gericht 58 Tage später noch nicht reagiert hatte, bezog sich der Präsident auf den 20-Tages-Grundsatz aus dem «Ley Orgánica de Garantías Jurisdiccionales y Control Constitucional»: <http://www.elcomercio.com/actualidad/moreno-contralor-sanciones-jueces-corteconstitucional.html>. **4** In Wirklichkeit hat Correa gesagt, es sei ihm egal, wie über die Frage der Wiederwahl abgestimmt werde; wichtig sei das Schicksal des Rats für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle (CCPS, Consejo de Participación Ciudadana y Control Social): <https://www.eluniverso.com/noticias/2018/01/16/nota/6569566/correa-dice-que-volvio-solo-pregunta-3>. **5** Sie und die anderen im selben Gerichtsverfahren schuldig Gesprochenen sind zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 33,3 Millionen US-Dollar verurteilt worden. **6** Die anderen vier sind die Exekutive, das Parlament, die Judikative und der Wahlrat. **7** Siehe «El Gran Silencio de la Participación Ciudadana» (2012 verfasst): <https://lalineadefuego.info/2012/09/11/el-gran-silencio-de-la-participacion-ciudadana-por-amalia-ospina-palacios/>. **8** Es gab zahlreiche Vorwürfe, Fragen und Bewertungen seien manipuliert worden, um die Durchsetzung von Correas KandidatInnen sicherzustellen. **9** Siehe: <http://www.ecuavisa.com/articulo/noticias/actualidad/306756-conversacion-entre-excontralor-polit-ejecutivo-odebrecht-revela>. **10** Die ursprünglich zugelassene Fläche betrug 1.030 Hektar. **11** Wie viele dieser Personen von sich selbst sagen würden, sie seien links, können wir nur mutmaßen, ohne es mit Sicherheit zu wissen.

---

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 3/2018 erscheint online  
und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3171  
Redaktionsschluss: März 2018  
Übersetzung und Lektorat: Max Henninger und Cornelia Gritzner  
für [lingua•trans•fair](http://lingua-trans-fair.de)  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation